

Frau Irene Kamenz
Herr Stefan Wollenberg

Bürgerbündnis-FDP
DIE LINKE

entschuldigt
entschuldigt

beratende Mitglieder

Herr Lutz Boede
Herr Dirk Heidepriem
Frau Julia Laabs
Frau Raina Maria Lau
Frau Doreen Ließ
Herr Steffen Müller
Herr Jochen Reinke
Frau Angela Schmidt-Fuchs
Frau Martina Trauth
Herr Borys Zilberman

Migrantenbeirat
staatl. Schulamt
DIE aNDERE
Humanistischer Verband
Agentur für Arbeit Potsdam
Stadtsporthund
Evangelische Kirche
Katholische Kirche
Gleichstellungsbeauftragte
Jüdische Gemeinde

entschuldigt
nicht entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt
entschuldigt
nicht entschuldigt
nicht entschuldigt
nicht entschuldigt

Gäste:

Herr David Oberthür
Herr Harald Kümmel
Frau Stefanie Buhr
Frau Birgit Ukrow
Frau Sabine Reisenweber
Frau Kerstin Elsaßer
Herr Ralf Becker
Herr Martin Evers
Frau Martina Spyra

Pro Potsdam GmbH
Komm. Leiter Planungsbüro
Kordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen
FB Bildung, Jugend und Sport
KORUS-Beratung
Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Vorstellung der Planung "Krampritz"
- 4 Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Elternbeitragsordnung und
Betriebskostenabrechnung
- 5 Auswertung Halbzeitgespräch "Kinderfreundliche Kommune"
- 6 Informationen des Jugendamtes
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB
VIII
- 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 9 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 10.1 Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs

Vorlage: 19/SVV/0436
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -

- 11 Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1 Vorstellung des PLUS-Evaluationsberichts 2017/2018
- 12 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn David Kolesnyk.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Kolesnyk stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 23.05.2019 zur Abstimmung.

Die Niederschrift wird **mehrheitlich bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Kolesnyk um Abstimmung über die Tagesordnung.

Frau Dr. Müller stellt Antrag 19/SVV/0436 „Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs“ bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses zurück.

Der Tagesordnung wird **mehrheitlich zugestimmt**.

zu 3 Vorstellung der Planung "Krampnitz"

Herr Oberthür (Pro Potsdam GmbH, Projektkoordinator für Krampnitz) verweist auf die bestehende Militärstruktur, aus der eine zivile Nachnutzung gestaltet werden soll. Ab 2017 begann die städtebauliche Planung für dieses Areal. Er stellt kurz anhand einer Präsentation den derzeitigen Zustand des Entwicklungsgebietes vor. Herr Oberthür stellt die Eigentumsverhältnisse auf dem Areal vor und verweist auf den denkmalgeschützten Gebäudebestand und den Altbaumbestand, welche in die Entwicklung des neuen Stadtquartiers für Potsdam einbezogen werden.

Anschließend stellt Herr Oberthür die städtebauliche Planung vor und macht

dabei deutlich, dass für die Quartiersentwicklung die soziale Infrastruktur wichtig ist, die von Beginn an Berücksichtigung finden muss. Er betont, dass 7 Kitas, 2 Grundschulen, eine weiterführende Schule, ein Jugendklub und ergänzende Einrichtungen vorgesehen sind.

Für das Wohnen sind vorwiegend Geschosswohnungsbauten geplant. Auch der Altbaubestand soll für die Wohnungsnutzung hergerichtet werden. Es soll aber auch Gewerbe in Krampnitz angesiedelt werden.

Herr Oberthür zeigt die Gewerbestandorte auf und betont, dass es sich um wohnverträgliches Gewerbe handelt.

Beim Thema der Mobilität wird auf „Neue Mobilität“ (30 % zu Fuß, 17% Fahrrad, 23 % ÖPNV, 30% Auto) gesetzt. Wichtiges Element der Erschließung ist die Tram. Der Straßenraum wird so gestaltet, dass Autos dort nicht abgestellt werden können. Alle Autos müssen in den Quartiersgaragen geparkt werden. Es wird viele Fahrradwegeverbindungen geben. Herzstück der Erschließungen ist der Alleenring. Das Quartier soll CO²-neutral versorgt werden. Spielmöglichkeiten wird es im Zentralpark geben.

Abschließend erklärt Herr Oberthür, dass Anfang 2020 die Erschließung beginnt. 2021 sollen die ersten Bewohner einziehen. 2022 soll der erste Schulneubau fertiggestellt sein.

Herr Kolesnyk macht deutlich, dass bei Entwicklungsmaßnahmen bisher die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen jeweils ausgeschrieben wurden und dann mit einer Jury ein Träger gesucht wurde. Es steht im Raum, dass das in Krampnitz anders geplant ist.

Herr Oberthür erklärt, dass es bereits Anfragen von Trägern gibt, die sich ein Baufeld sichern wollen. Auf der anderen Seite gibt es private Investoren, mit denen dann in Verhandlung getreten werden muss. Um zu klären, wie hier vorgegangen werden kann, läuft die Diskussion mit der Landeshauptstadt Potsdam.

Herr Ströber fragt nach den Kriterien für die Auswahl von Kita-Trägern.

Herr Oberthür erklärt, dass die Qualitätsstandards der Landeshauptstadt Potsdam hier selbstverständlich auch gelten.

Frau Dr. Müller hat gehofft, dass mit der Entwicklung von Krampnitz auch wieder kommunale Kitas entstehen werden. Sie bittet, sich dazu zu gegebener Zeit zu verständigen.

Sie fragt, wer festlegt, wie der Stadtplatz gestaltet werden soll und ob das Instrumentarium der Beteiligung hier vorgesehen ist.

Herr Oberthür erklärt, dass es eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit der Landeshauptstadt Potsdam gibt. Hier muss in Abstimmung mit allen Beteiligten eine Auslobung erfolgen. Er erklärt, dass auch die Anwohner einbezogen werden.

Herr Kulke fragt, wie sicher es ist, dass der Jugendklub an die Stelle kommt, an der er geplant ist und wann dieser fertiggestellt ist. Des Weiteren fragt er, ob es eine Karte mit der Darstellung von Spiel- und Sportflächen gibt und ob die Spiel- und Sportflächen öffentlich sind.

Herr Oberthür erklärt, dass der Jugendklub in einem Gebäudeblock mit einer Schule vorgesehen ist. Somit wird es den Jugendklub geben, wenn es die Schule gibt. Sportplätze sind an den Schulstandorten geplant. Diese sollen auch für den

Vereinsport zugänglich sein.

Herr Kulke bittet, bei der Spielplatzplanung zu berücksichtigen, dass die Kinder und Jugendlichen als zukünftige Nutzer beteiligt werden.

Herr Liebe erinnert an die Aussage des Oberbürgermeisters, dass diejenigen, die bereits in unmittelbarer Nachbarschaft von Krampnitz leben, in die Planungen einbezogen werden sollen. Er verweist auf die bereits bestehende schwierige Verkehrssituation, um von Fahrland nach Potsdam und umgekehrt zu gelangen. Diese Situation wird sich mit der Entwicklung von Krampnitz noch verstärkt. Aus seiner Sicht ist die Parkplatzplanung eine Zumutung für Familien mit Kindern. Er bittet, den Ortsbeirat, die Jugendlichen und auch den Jugendhilfeausschuss rechtzeitig einzubeziehen.

Herr Oberthür macht deutlich, dass die Planungen bereits im Ortsbeirat Fahrland vorgestellt wurden und man sich im Gespräch befindet. Er betont, dass von Beginn an darauf hingewiesen wurde, dass nur eine geringe Anzahl an Parkplätzen vorhanden ist. Es gibt durchaus eine Zielgruppe die großes Interesse daran hat.

Herr Harder hält es für sehr wichtig, dass der Jugendhilfeausschuss dafür sorgt, dass ein Beschluss gefasst wird, mit dem festgelegt wird, wie viele Kitas, Schulen und Freizeiteinrichtungen errichtet werden.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der Jugendhilfeausschuss darauf gedrängt hat, dass die Planung heute vorgestellt wird, um rechtzeitig einwirken zu können.

Herr Kümmel (Komm. Leiter Planungsbüro) macht deutlich, dass viele der gestellten Fragen an der Stelle noch nicht beantwortet werden können. In der Zukunft werden unterschiedliche Regelungen getroffen, die auch die hier gestellten Fragen beantworten. Hier befindet man sich erst am Anfang. Der Jugendhilfeausschuss wird in die Planungen einbezogen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Oberthür, dass Krampnitz ein Generationen übergreifendes Quartier werden soll.

Frau Dr. Müller spricht die Beteiligung des Jugendhilfeausschusses an und betont, dass es eine Grundlage geben sollte, wie sich der Stadtteil entwickeln soll und dazu eine Darstellung, in welchen Phasen die für den Jugendhilfeausschuss relevanten Einrichtungen geplant werden. Sie bittet um Erstellung eines Filters für den Jugendhilfeausschuss, um diesen in die Lage zu versetzen, sich einen Zugang zu verschaffen.

Frau Buhr (Kordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen) bittet um einen regelmäßigen Austausch und Sicherstellung, dass die Informationen auch an die richtigen Stellen gelangen.

Herr Kümmel informiert, dass geplant ist, einen regelmäßigen Statusbericht über die Entwicklung in Krampnitz zu erstellen und diesen über die Stadtverordnetenversammlung an die Öffentlichkeit zu bringen. Auch das Forum Krampnitz soll neu aufgestellt werden.

Herr Schmolke bittet zu identifizieren, bei welchen Maßnahmen eine Zustimmungspflicht des Jugendhilfeausschusses besteht.

Frau Aabel betont, dass auch der zuständige Geschäftsbereich ein hohes Interesse daran hat, erforderliche soziale Infrastruktur in Krampnitz sichern zu können. Sie macht deutlich, dass die Landeshauptstadt Potsdam auch hier als kommunaler Träger auftreten wird. Dazu wird im Herbst eine Vorlage vorgelegt, um dies vorzustellen und zu diskutieren.

Herr Kolesnyk schlägt vor, dass im Herbst der neue Jugendhilfeausschuss prüfen soll, wie weiter vorgegangen werden soll.

zu 4 Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Elternbeitragsordnung und Betriebskostenabrechnung

Herr Kümmel (Komm. Leiter Planungsbüro) stellt mit Unterstützung einer Präsentation den 2. Bericht der Arbeitsgruppe Kita „Betriebsabrechnungen“ vor. Er stellt die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe vor und geht dann auf die beiden Arbeitspakete ein, die er erläutert. Er macht darauf aufmerksam, dass die Abarbeitung der offenen BKA-Fälle 2011 bis 2017 nach betroffenem Träger und nicht nach Abrechnungsjahr erfolgt.

Abschließend erklärt er, dass davon ausgegangen wird, dass am Ende des Jahres 2019 die Fälle von 2011 bis 2017 bearbeitet sind.

Herr Kümmel bedankt sich bei den Kolleginnen und Kollegen für die tatkräftige Unterstützung bei der Abarbeitung.

Frau Dr. Müller fragt nach den gewonnen Erkenntnissen und ob eine Analyse dazu geplant ist.

Herr Kümmel erklärt, dass dies in Form eines Ergebnisberichtes vorgestellt werden kann.

Frau Elsaßer (FB Bildung, Jugend und Sport) macht deutlich, dass viele Erkenntnisse in der neuen Kita-Finanzierungsrichtlinie münden werden.

Frau Aabel betont, dass die gewonnenen Erkenntnisse in die neue Kita-Finanzierungsrichtlinie einfließen müssen und eine Vorlage daher nicht wie beschlossen im September 2019, sondern erst zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht wird.

zu 5 Auswertung Halbzeitgespräch "Kinderfreundliche Kommune"

Frau Buhr (Kordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen) und Frau Ukrow (FB Bildung, Jugend und Sport) stellen anhand einer Präsentation die Halbzeitbilanz zum Aktionsplan „Kinder- und jugendfreundliche Kommune Potsdam“ vor. Frau Ukrow erinnert an den Beschluss dazu. Frau Buhr berichtet über das Halbzeitgespräch.

Frau Ukrow weist darauf hin, dass gemäß Kommunalverfassung Kinder und Jugendliche bei allen Punkten, die sie berühren, beteiligt werden müssen.

Frau Buhr und Frau Ukrow stellen die einzelnen Handlungsziele vor und geben Erläuterungen.

Frau Ukrow schlägt vor, den neuen Jugendhilfeausschuss über das bisher erfolgte zu informieren und einen Überblick über die einzelnen Schritte zu geben.

Allen JHA-Mitgliedern wird als Tischvorlage eine Übersicht über die Arbeitsschritte im Vorhaben „Kinderfreundliche Kommune Potsdam“ zur

Verfügung gestellt.

Herr Kljunic teilt mit, dass es über die Instagram-Seite des Kinder- und Jugendbüros einen Hinweis auf Lisa Kabitzke und ihn als Ansprechpartner gibt.

Herr Harder bittet bei der Gestaltung des Web-Auftritts, auf die strengen Vorgaben der Landeshauptstadt Potsdam zu verzichten, da diese nicht kindgerecht sind.

Herr Kaiser bedankt sich für die Berichterstattung.

Herr Liebe hält es für die Umsetzung des Plans für sinnvoll, die Stadtverordneten zu motivieren, die UN-Konvention umzusetzen. Auch müssen diese für die Zweigliedrigkeit des Jugendamtes sensibilisiert werden.

zu 6 Informationen des Jugendamtes

Herr Kolesnyk verliest eingangs die Stellungnahme des Kita-Elternbeirates, da Herr Witzsche den Jugendhilfeausschuss aufgrund eines Paralleltermins vorzeitig verlassen musste.

Stellungnahme des Kita Elternbeirates:

„1. Unsere öffentlich geäußerte Kritik an der Abgeltungserklärung wird derzeit verwaltungsintern geprüft. Hier geht speziell um den Zeitraum der Abgeltung und um Unklarheiten beim Prozessverzicht. Wir sind im Gespräch.

2. Wir haben dem GB 2 Statements zu den Themen „EBO 2018 (Problematik der Höchstbeiträge“ und „Einheitliche Essensbeiträge“ übergeben. Bei ersterem sehen wird die Stadt in der Pflicht, nicht nur nach vorn eine Lösung des Problems zu finden, sondern auch gemeinsam mit den betroffenen Trägern eine Regulierung für das Jahr 2018/19 zu entwickeln. Beim „Mittagessen“ beziehen wir uns auf das Mediationsergebnis, in dem eine Umsetzung stadtweit einheitlicher Essengelder festgelegt wurde. Die Absage dergleichen durch die Verwaltung empfinden wird als Bruch der Mediation und wir fordern die Stadt auf, das Thema gemäß Vereinbarung umzusetzen.

Die Statements gehen den Fraktionen und der Presse zu.“

Frau Aubel gibt einen Sachstand zur freiwilligen Rückzahlung der zu viel entrichteten Elternbeiträge 01.01.2015 bis 31.07.2018. Sie teilt mit, dass den Trägern in der vergangenen Woche die Vereinbarungen übersandt wurden. Bezüglich des Abschlages für die Träger wird Mitte Juli der entsprechende Zahlungsfluss erfolgen.

Es gibt regelmäßige Gespräche mit dem Kita-Elternbeirat. Zur Abgeltungserklärung besteht der Wunsch des Kita-Elternbeirates, dass der konkrete Zeitraum festgehalten wird. Dem wird nachgekommen. Dem Wunsch, die Abgeltungserklärung nur auf spezifische Aspekte, kann die LHP nicht erkennenanzuwenden, wird nicht nachgekommen. Es wird nicht möglich sein, beide Wege zu gehen. Es geht nur gerichtliche Klärung oder freiwillige Rückzahlung.

Der Landeshauptstadt Potsdam liegen Stellungnahmen des Ministeriums vor, dass die Grundstücks- und Gebäudekosten umlagefähig sind. Zudem gibt es zwei OVG-Urteile.

Zur Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes, werden derzeit unterschiedliche Berechnungsgrundlagen geprüft. Frau Aubel stellt das Vorgehen mit

Unterstützung einer Präsentation vor. Sie informiert, dass dem Hauptausschuss am 03.07.2019 ein entsprechender Vorschlag unterbreitet werden soll. In Abhängigkeit des Votums erfolgt dann das weitere Vorgehen. Im August soll dann eine Vorlage eingebracht werden, mit dem Ziel der Beschlussfassung im September 2019. Die Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes zum 01.08.2019 soll sichergestellt werden.

Des Weiteren erläutert Frau Aabel die Verwaltungshaltung zur aktuellen Empfehlung zur derzeit gültigen Elternbeitragsordnung. Sie verweist auf die jahrzehntelange landesweit gelebte Praxis und verweist darauf, dass es aktuell keine Rechtsgrundlage zur Regulierung gibt. Durch die Landeshauptstadt Potsdam wird es deshalb keine Regulierung geben.

Frau Aabel verweist auf den Beschluss, mit dem der Oberbürgermeister beauftragt wurde, der Stadtverordnetenversammlung bis zur Septembersitzung 2019 eine überarbeitete Kita-Finanzierungsrichtlinie vorzulegen und einen einheitlichen Satz für das Mittagessen in Kitas zu prüfen. Die Verwaltung hat dies geprüft. Würde das Mittagessen in der Schule an das in der Kita angepasst werden, würde dies Mehrkosten für die Landeshauptstadt Potsdam in Höhe von 2,5 Mio. Euro bedeuten. Im Kita-Bereich würde eine Regulierung in die Trägerautonomie eingreifen. Siehe dazu beigefügte Präsentation, welche die Stellungnahme des MBSJ thematisch enthält.

Herr Kulke fragt, ob die Jugendämter der anderen Gemeinden und Landkreise der gleichen Ansicht sind.

Frau Aabel teilt mit, dass es Rückmeldungen von Gemeinden gibt, die ihr Verfahren nicht ändern werden.

Herr Kulke regt an, dass durch Frau Aabel in der Presse eine Richtigstellung erfolgt.

Frau Aabel teilt mit, dass die anderen Kommunen die Klagen der Eltern abwarten und nicht freiwillig zurückzahlen.

Frau Aabel informiert über die Personalsituation im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport. Sie macht deutlich, dass von 292 vorhandenen Stellen 255 besetzt sind. Von den 37 freien Stellen befinden sich 18 im Besetzungsverfahren. Problematisch ist, dass die Prozesse für die Bewertung und Ausschreibung z.T. sehr lang sind. Ein großes Problem ist oft der Fachkräftemangel in einigen Bereichen. Die Vergütung ist ein weiteres großes Problem. Aber auch die unterjährigen Bedarfe durch zusätzliche Aufgaben, die bspw. durch die Ausschüsse generiert werden, gestalten sich schwierig.

Herr Otto fragt, inwieweit durch Effizienz und Digitalisierung Prozesse so gesteuert werden können, dass das vorhandene Personal ausreicht.

Frau Aabel macht deutlich, dass dafür zunächst die Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen.

Frau Dr. Müller fragt mit Bezug auf die nicht besetzten Stellen, ob eingeschätzt werden kann, wie hoch der Bedarf an Fachkräften ist, die nicht mehr auf dem Markt sind.

Frau Aabel erklärt, dass es in ca. 70 bis 75 % der ausgeschriebenen Stellen

schwierig ist. Bei ausgeschriebenen Sekretariatsstellen gehen hingegen viele Bewerbungen ein.

Herr Ströber erinnert an seine Bitte zu prüfen, ob es notwendig ist, dass die Streetworker die Nutzung von Sporthallen bezahlen müssen, wenn diese mit den Kindern die Hallen nutzen. Gemeinnützige Vereine können hingegen die Hallen kostenfrei nutzen.

Herr Kaiser erinnert daran, dass Frau Aubel den Jugendhilfeausschuss im Frühjahr 2019 informieren wollte, wie sich die Landeshauptstadt Potsdam als kommunaler Kita-Träger aufstellt.

Frau Aubel wird dazu im Herbst eine Beschlussvorlage einzubringen, die dann diskutiert werden soll.

Herr Liebe erinnert daran, dass die freien Träger Probleme haben, Erzieherinnen und Erzieher zu bekommen. Dies wird auch für die Landeshauptstadt Potsdam zutreffen. Hinzu kommt, dass das Ausschreibungsverfahren für Stellen bei der LHP aufwändiger ist, als das der Träger.

zu 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Liebe informiert über die Sitzung des **Unterausschusses Jugendhilfeplanung** vom 04.06.2019. Der Unterausschuss hat sich in dieser Sitzung mit der Anfrage der AG Jugendförderung bezüglich der Öffentlichkeit der Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII befasst. Es wird vorgeschlagen, dass die „Nichtöffentlichkeit“ in die Geschäftsordnungen aller Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII aufgenommen wird. Die „Fachöffentlichkeit“ (z.B. Praktikanten, Kolleg*innen) sollte bei Bedarf Zugang haben. Die fachliche Meinung soll aber geschützt bleiben. Als öffentliche Plattform soll der Jugendhilfeausschuss dienen.

Der Unterausschuss hat die Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 23.05.2019 ausgewertet. Der Unterausschuss legt dem Jugendhilfeausschuss nahe, den Eltern zu empfehlen, zeitnah die Anträge auf Rückerstattung der zu viel entrichteten Elternbeiträge zu stellen.

Das Thema Streetwork und Turnhallenmiete sollte nochmal angesprochen werden.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss im Rückblick auf die letzte Sitzung des Jugendhilfeausschusses sowie in Vorbereitung auf die Sitzung am 13.06.2019 mit dem Antrag „Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs“ befasst. Dazu lag eine überarbeitete Fassung vor, die eingehend beraten wurde.

Der Unterausschuss hat sich mit der JHA-Sondersitzung im August zur Umsetzung Gute-Kita-Gesetz und Berücksichtigung der Landesgesetzgebung befasst.

Zum Thema Elternbeitragsordnung benötigen die Träger eine Aussage der Verwaltung. Eine Vereinheitlichung ist schwierig, ist aber bisher gewollt, damit nicht jede Kita eine eigene EBO hat. Grundlage für die Platzkostenberechnung/ Berechnung des notwendigen Zuschusses der LHP sollen die Betriebskostenabrechnungen 2018 sein.

Ein weiteres Thema war die Vorbereitung des Fachkräfte-Fachgesprächs im Herbst 2019.

In der nächsten Sitzung am 06.08.2019 wird sich der Unterausschuss mit dem

Thema Kita-Elternbeitragsordnung befassen.

zu 8 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Frau Kabitzke teilt mit, dass das letzte Treffen am 06.06.2019 stattgefunden hat, auf dem auch Pascal Loerch verabschiedet wurde.
Des Weiteren informiert sie, dass der Kreisschülerrat am 03.06.2019 getagt hat. Hier wird zum neuen Schuljahr ein neues Gremium gewählt.

zu 9 Bericht des Kita-Elternbeirates

Eine Stellungnahme wurde unter 6. verlesen.

zu 10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 10.1 Personelle Ausstattung der Kinder- und Jugendklubs

Vorlage: 19/SVV/0436

Fraktion DIE LINKE

- Wiedervorlage -

Der Antrag wird vertagt.

zu 11 Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1 Vorstellung des PLUS-Evaluationsberichts 2017/2018

Herr Evers (KORUS-Beratung) geht anhand einer Präsentation eingangs auf den Auftrag ein und erinnert daran, dass ermittelt werden sollte, wie das PLuS-Programm optimiert werden kann. Er verweist dabei auf die Quellen, die dafür zur Verfügung standen.

Anschließend erläutert er den Prozess und stellt dann die Empfehlungen und Ergebnisse vor.

Herr Becker (FB Bildung, Jugend und Sport) gibt einen Ausblick auf das weitere Vorgehen und stellt die Zeitschiene vor.

Herr Otto fragt, ob das PLuS-Programm auch Einfluss auf die Jugendklubs hat.

Herr Becker erklärt, dass dies zusätzlich ist. Die Jugendklubs sind im PLuS-Programm unterrepräsentiert.

Auf Nachfrage erklärt Herr Becker, dass ein Schulleiter für seine Projekte einen Berliner Träger ausgewählt hat. Ziel ist aber, Potsdamer Träger einzubinden.

Frau Aubel ergänzt, dass es aber durchaus möglich sein muss, Träger von außerhalb einzubinden, wenn die Bedarfe von Potsdamer Trägern nicht bedient werden können. Sie macht deutlich, dass es im Kern um die Zielgruppe geht. Es sollen Menschen unterstützt werden. Dabei muss es möglich sein, wenn dies nicht durch Potsdamer Träger gedeckt werden kann, sich z.B. Träger aus Potsdam-Mittelmark zu holen.

Herr Kulke appelliert an die Verwaltung, die RAKs besser auszustatten und Mittel zur Verfügung zu stellen, um es zu ermöglichen, dass zumindest Kaffee und Kekse bei den Beratungen anbieten zu können.

Frau Reisenweber (FB Bildung, Jugend und Sport) erklärt, dass man sich in der Evaluation befinde. Die Ausstattung der RAKs findet dabei Berücksichtigung.

Herr Schmolke macht deutlich, dass die Arbeit der RAKs aufgrund der fehlenden Budgets schwierig ist. Er vermisst im Evaluationsbericht die Aussage, dass es nach der Richtlinie nicht möglich ist, Overhead-Kosten zu beantragen.

Frau Aubel verweist auf die Darstellung, die aussagt, dass dies möglich ist.

Herr Kolesnyk regt an, zunächst abzuwarten, wie es sich dies entwickelt. Wenn der Anteil der Träger von außerhalb hoch ist, muss geprüft werden, wie man ggf. gegensteuern kann.

Herr Ströber betont, dass die Arbeit der RAKs nach sehr unterschiedlichen Modellen erfolgt.

Frau Parthum fragt, ob die Förderhöhe für das PLuS-Programm nochmal diskutiert werden sollte. Sie bittet nochmal hinzusehen, welche Projekte ggf. in die Schulentwicklung gehören.

Auf Nachfrage erklärt Herr Dr. Pokorny, dass die verwaltungsinterne Steuerung der Arbeit so erfolgen wird, dass es gut durch die Verwaltung zu realisieren ist.

zu 12 **Sonstiges**

Herr Kolesnyk informiert, dass es erforderlich ist, **am 08.08.2019 eine weitere Sitzung des Jugendhilfeausschusses** durchzuführen. Er bittet um Abstimmung darüber.

Abstimmungsergebnis:
mehrheitliche Zustimmung.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 08. August 2018, 16:30 Uhr

David Kolesnyk
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin